

# Steuerquellen sprudeln weiter

## Entlastung für Bürger und Unternehmen überfällig

**Obwohl sich die Konjunktur etwas eingetrübt hat, steigen die Steuereinnahmen unverändert weiter an und erreichen immer neue Rekordmarken. Der einzige Unterschied ist, dass sich die Geschwindigkeit der Zuwachsraten etwas verlangsamt hat. Dies hat auch die jüngste Steuerschätzung bestätigt. Ein Ende dieser Entwicklung ist bisher nicht abzusehen. Was den Fiskus und die Finanzpolitiker freut, ist aber ein Ärgernis für die Steuerzahler, weil ihnen die längst überfällige Steuerentlastung auf Grund der enormen Steuerrückstellungen bisher vorenthalten wird.**

### Einnahmenentwicklung

Seit dem Jahr 2009 steigen die Steuereinnahmen explosionsartig an, in diesem Jahr werden bundesweit 796 Milliarden Euro erwartet, im nächsten Jahr 816 Milliarden Euro, 2021 845 Milliarden Euro und 2022 875 Milliarden Euro.

Innerhalb der letzten zehn Jahre von 2010 bis 2020 stiegen bzw. steigen die Steuereinnahmen um 285 Milliarden Euro, d. h. durchschnittlich um fast 30 Milliarden Euro pro Jahr. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat es 60 Jahre gedauert, um Steuereinnahmen in Höhe von 531 Milliarden Euro zu erreichen, aber voraussichtlich nur zehn Jahre, um diese Marke um über 50 Prozent zu steigern. Angesichts dieser Zahlen musste die Devise lauten: Steuerentlastung – wenn nicht jetzt, wann dann?

### Entlastung überfällig

Die Entwicklung der Steuereinnahmen, insbesondere in den letzten zehn Jahren, hat mit dazu beigetragen, dass der sog. Steuerzahlergedenktag sich immer weiter in die zweite Jahreshälfte verschoben hat. In diesem Jahr war es der 15. Juli, ab dem die Bürger statistisch gesehen wieder für ihr eigenes Portemonnaie arbeiten durften. Das gesamte Einkommen, das die Steuer- und Beitragszahler vor diesem Datum erwirtschaftet haben, wurde – rein rechnerisch – an den Staat abgeführt. Damit liegt die Einkommensbelastungsquote für einen durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt in diesem Jahr bei voraussichtlich knapp 54 Prozent. Von jedem verdienten Euro bleiben damit nur 46 Cent

zur freien Verfügung. Somit sind die deutschen Bürger im internationalen Vergleich besonders stark mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen belastet. In 34 von 36 OECD-Staaten werden Arbeitnehmer im Durchschnitt weniger zur Kasse gebeten als bei uns.

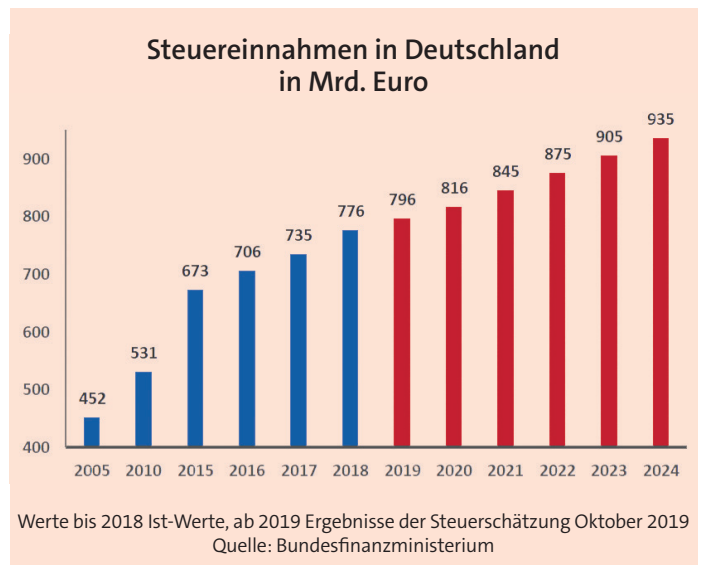
Insbesondere die Mittelschicht ist in Deutschland durch die Einkommensteuer sehr hoch belastet. Es ist absolut indiskutabel, dass selbst Durchschnittsverdiener knapp unter dem Spitzensteuersatz liegen. Es muss daher der Einkommensteuertarif grundlegend reformiert werden, damit die Menschen wieder mehr Geld für die Eigenvorsorge in der Tasche haben. Der Steuertarif muss abgeflacht werden und der Spitzensteuersatz erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro im Jahr greifen. Des Weiteren muss der Solidaritätszuschlag für alle und auch komplett abgeschafft werden und dies nicht erst ab 2021, wie für Teile der Steuerzahler geplant, sondern bereits ab 2020. Um im Bereich der Sozialversicherung für Entlastung zu sorgen, sollte darüber hinaus die Arbeitslosenversicherung von 2,5 auf 2 Prozent kurzfristig abgesenkt werden.

### Unternehmensteuerreform

Auch im Bereich der Unternehmensbesteuerung muss es zu Reformen kommen, um die deutschen Firmen im internationalen Wettbewerb nicht im Regen stehen zu lassen. Die Politik war zuletzt vorwiegend mit Fragen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung, der Erhöhung bestehender Energiesteuern oder der Einführung neuer Klimasteuern beschäftigt. Nachdem die Bundesregierung ein umfangreiches Klima-

paket beschlossen hat, sollte jedoch die dringende Notwendigkeit von Steuerentlastung wieder ganz oben auf der Agenda stehen. Der Reformbedarf ist groß, so ist derzeit die höchste Steuerquote seit der deutschen Wiedervereinigung zu verzeichnen.

Durch die Steuerreform in den USA und zahlreiche Senkungen in Europa, zuletzt in Frankreich, droht Deutschland bei der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit den Anschluss zu verlieren. Auch Angesichts der Eintrübung in der Konjunktur wird der weitgehende Reformstillstand der letzten Jahre zunehmend zu einem steuer- und wirtschaftspolitischen Problem für den Standort Deutschland.



Inzwischen liegt die Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften in Deutschland mit rund 31 Prozent deutlich über dem OECD-Durchschnitt von etwa 23 Prozent. Da neben der Besteuerung auf Unternehmensebene noch Abgeltungsteuer und Solidaritätszuschlag bei den Anteilseignern fällig werden, beträgt die Gesamtbelastung hierzulande rund 48 Prozent. Wenn die Bundesregierung nicht mit Reformen nachzieht, wird Deutschland im Jahr 2020 die höchste Unternehmenssteuerbelastung innerhalb der G7-Staaten aufweisen. Deutschland droht somit vom Hochsteuerland zum Höchststeuerland zu werden, was eine große Gefahr für den Erhalt von Arbeitsplätzen im Lande bedeutet.